



Wahlaufruf an den Osten



Quelle: ZDF/Dominik Asbach

Friedrich Merz ist der erste Politiker in der langen Reihe der Sommerinterviews bei **ARD** und **ZDF**. Um 19:10 Uhr wird im ZDF bei „berlin direkt“ das Gespräch mit dem CDU-Chef gesendet. Aufgezeichnet wurde es bereits, und das ZDF teilt den geradezu sensationellen Vorschlag des Möchtegern-Kanzlers schon vorab mit.

Am 1. September werden in **Sachsen** und **Thüringen** neue Landesparlamente gewählt. Die Ampel-Parteien finden dort so gut wie nicht mehr statt: SPD und Grüne in Sachsen je sieben Prozent, in Thüringen sieben bzw. vier Prozent. Bei der FDP steht in den Wahlumfragen nur noch ein Bindestrich ohne Angabe eines Wertes.

In beiden Ländern liegt die AfD auf Platz Eins, Sachsen 30 und Thüringen 28 Prozent. Die CDU folgt mit 29 bzw. 23 Prozent. Die Linke wird offenbar im Osten nicht mehr gebraucht, in Sachsen landet sie bei drei und in Thüringen, wo immerhin **Bode Ramelow** ein angesehener Ministerpräsident ist, bei elf Prozent. **Sarah Wagenknechts** Bündnis, das im rechten wie im linken Wählerbecken fischt, kommt in Sachsen auf 15 und in Thüringen auf 21 Prozent.

Friedrich Merz wendet sich also an die Restwähler der Ampel im Osten mit dem dringenden Appell, die CDU zu wählen, um stabile Mehrheiten jenseits der AfD zu schmieden. Das wird nicht funktionieren. Und ist die Zeit auch noch so schlecht, werden SPD und Grüne nicht politischen Selbstmord begehen, sondern um jede Stimme kämpfen. SPD und Grüne, kämen sie über fünf Prozent, könnten für eine Regierungsbildung entscheidend sein. Das werden sie sich nie nehmen lassen.

Wer die Grundrechenarten beherrscht, findet schnell heraus, dass es auch mit Unterstützung von SPD und

Grünen nicht für eine Regierungsbildung reichen wird. Letztlich wird es auf **Frau Lafontaine** ankommen, Kampagnenname „**Sarah Wagenknecht**“. Merz will die Koalitionsfrage den Ländern überlassen, heißt: das BSW steht auf der Koalitionsliste.

Wenn Politik ein Spiel wäre und wenn die Menschen von den Entscheidungen der Politiker nicht abhängig wären, könnte man Spaß an einer Koalition von CDU und BSW haben. Würden sich alle Ampel-Wähler an die Empfehlung von Merz halten, wäre die CDU natürlich allein stark genug und müsste nicht den Sitz des Parlamentspräsidenten der stärksten Partei, also der AfD, überlassen.

Ich halte allerdings jede Wette, dass man einen Weg finden wird, um einen AfD-Parlamentspräsidenten zu verhindern. So wie es seinerzeit im Bundestag geschah, als nicht der älteste Abgeordnete, wie seit Gründung der Republik üblich, Alterspräsident werden durfte, sondern der Abgeordnete, der am längsten dem Parlament angehört. Damit hatte man den AfD-Abgeordneten ausgebootet. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten biegt sich die Demokratie selbst zu recht.

Die AfD-Chefin **Alice Weidel** glaubt hingegen, „dass der Druck auf Merz viel zu groß wird, dass auch dort die Ost-Landeschefs der CDU ausscheren werden und die Brandmauer zur AfD einreißen werden.“ Das wiederum glaube ich nicht.

Die Kommunalwahlen in Thüringen haben gezeigt, dass trotz landesweitem Platz Eins der AfD, die Wähler, wenn es darauf ankommt, wer in ihren Rathäusern und Landratsbüros sitzt, sich dann doch lieber für einen demokratischen Kandidaten entscheiden.

Im Herbst 2025 wird ein neuer Bundestag gewählt. **Friedrich Merz**, der nie ein Regierungsamt innehatte, aber zumindest weiß, wie man Geld machen kann, was für den Bundeshaushalt auch nicht schlecht wäre, sieht sich schon als Bundeskanzler.

Die neueste **INSA-Umfrage** von heute sieht die Union bei 30, SPD 15, Grüne 12, FDP 5, Linke 3, AfD 17 und BSW 8 Prozent. Die Ampel mit kläglichen 32 Prozent hat sich erledigt. Schwarz-Rot-Grün würde dicke reichen. Aber, die SPD darf nicht wieder Steigbügelhalter der Union werden. Nicht in der Regierung, sondern einige Jahre in der Opposition würden ihr helfen, wieder zu sich zu finden. Die Wähler müssen dann wieder Lust haben, die SPD wählen zu wollen. Prognose: 2033 könnte es so weit sein.

Ed Koch